

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 10. Februar 2001, Nr. 35/6 R

Herausgegeben von Jürgen Jeske, Berthold Kohler, Hugo Müller-Vogg, Günther Nonnenmacher, Frank Schirrmacher

Seite 8 / Samstag, 10. Februar 2001, Nr. 35

Politische Bücher

Abschied vom staatsstabilisierenden Mythos

Ökonomische Motive standen im Vordergrund: Der Weg der Neutralen in die europäische Integration

Michael Gehler, Rolf Steininger (Herausgeber): *Die Neutralen und die Europäische Integration 1945–1995*. Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen. Veröffentlichungen, Band 3. Böhlau Verlag, Wien 2000. 800 Seiten, 17 Grafiken, 140,- Mark.

Seitdem die europäischen Neutralen ihre Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union im März 1994 abgeschlossen haben, ist die Neutralitätsproblematik im globalen wie im europäischen Kontext vor allem ein Forschungsfeld für Zeitgeschichtler. Der vorliegende Sammelband über die Neutralen und die europäische Integration versammelt Experten aus den Vereinigten Staaten, Rußland, Finnland, Österreich, Schweden, der Schweiz und Irland, die jeweils die Neutralitätsproblematik des betreffenden Staates in drei Zeitschnitten behandeln: in der Phase vom Marshallplan bis zu den Römischen Verträgen (1947/48 bis 1957/58), von der Efta-Gründung bis zu den Freihandelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (1960 bis 1972/73) und vom Beginn des Binnenmarktkonzepts bis zu den Verträgen von Maastricht und den Abstimmungen über den EU-Beitritt in den Ländern (1985/86 bis 1992/94). Ergänzt werden die Länderstudien durch Darstellungen der Perspektiven der damaligen Supermächte Vereinigte Staaten und Sowjetunion sowie der „mittleren Macht“ Großbritannien.

Aus allen Beiträgen wird deutlich, daß der Begriff Neutralität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts insofern umstritten war, als viele mit ihm zunächst eine überflüssige Haltung verbanden. Darüber hinaus schuf der Kalte Krieg mit seiner immensen Auseinandersetzung zwischen demokratischem Westen und kommunistischem Osten ein massives Glaubwürdigkeitsproblem für die Neutralen und solche Staaten, die neutral werden wollten. Der damalige amerikanische Außenminister John Foster Dulles bezeichnete die Haltung gar als „unmoralisch“, eine Formel, die sich auch der erste EWG-Kommissionspräsident Walter Hallstein zu eigen machte.

Erst als der Ost-West-Gegensatz ein ungefährliches Gleichgewicht der Kräfte hergestellt hatte, erschien die Neutralitätspolitik der Kleinstaaten legitim. Und je mehr sich der Ost-West-Gegensatz verfestigte, desto berechtigter und wünschenswerter wurde die von Neutralen übernommene Rolle des Beobachters und Vermittlers in der internationalen Politik. Nirgendwo wurde dies deutlicher als in den zahlreichen friedenserhaltenden Missionen der UN, deren Generalsekretäre in diesen Phasen überwiegend Vertreter der neutralen und blockfreien Länder waren.

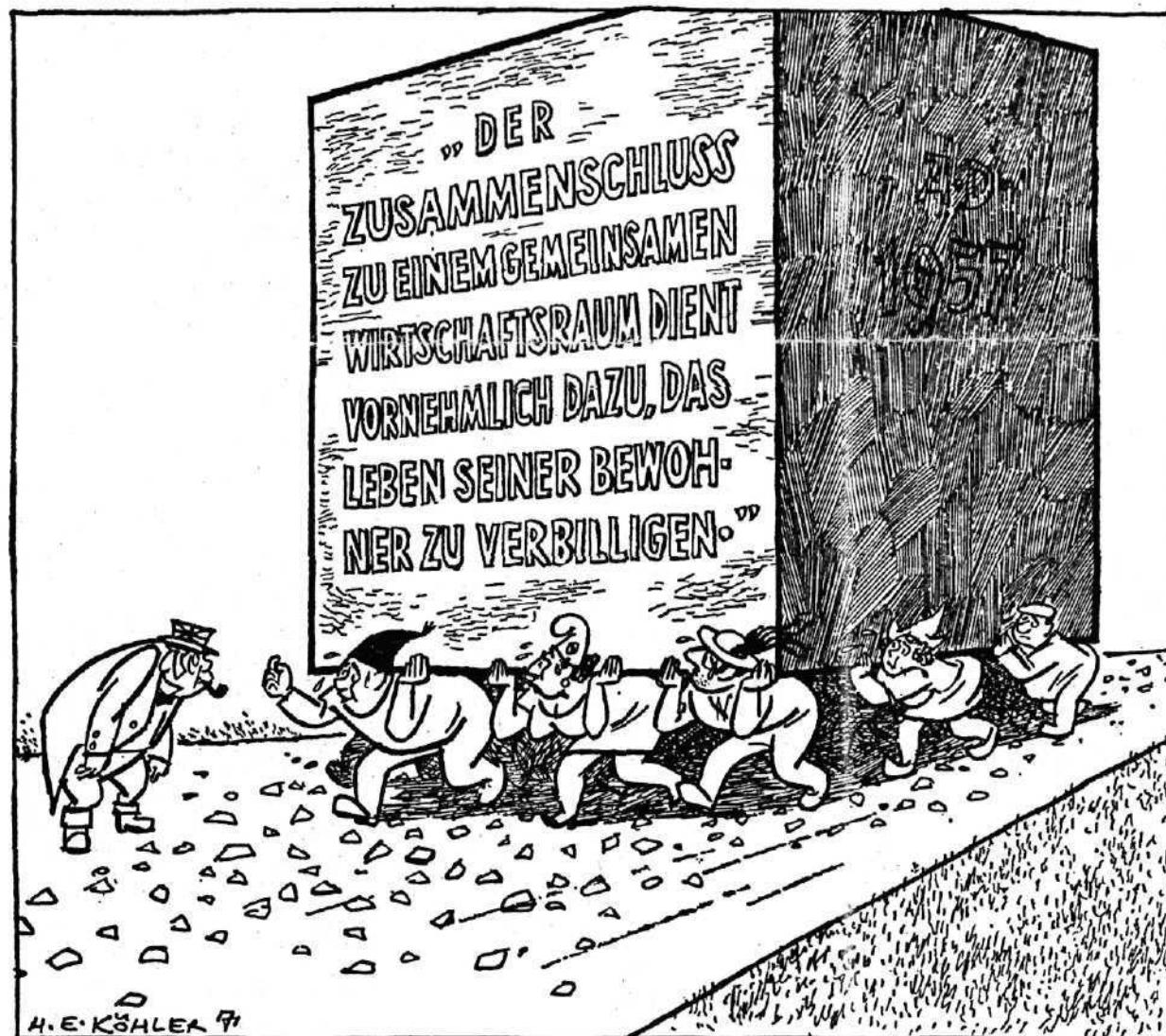
Die außenhandels-, wirtschafts- und neutralitätspolitische Erfolgsgeschichte der Gemeinschaft hatte eine wohlstands- undfriedensstiftende Dimension, die schließlich auch auf die Neutralen durchschlug. Mit Hilfe des europäischen Integrationsprozesses versicherten sie sich ihrer Integrität, gewannen Sicherheit und erhielten indirekt Garantien für ihren internationalen Status. Dadurch verlor die neutrale Chiffre vom „exklusiven Klub von Privilegierten“ (die Gemeinschaft), der zwar die Vision von der Einigung auf seinen Lippen führte, in der Regel aber den Ausschluß Dritter festgeschrieb, auch im Lager der Neutralen zusehends an Plausibilität.

Im nachhinein betrachtet, erscheint es auf den ersten Blick geradezu paradox, daß die spätere EU-Zugehörigkeit von den Neu-

tralen als mit ihrem traditionellen Status vereinbar bezeichnet wurde, obwohl der jetzt höhere Integrationsgrad als zu Zeiten der EWG/EG neutralitätsrechtlich viel bedenklicher war. Die Motive aber waren eindeutig: Zum einen stellten die Umwälzungen der Jahre 1989 bis 1991 das politische Selbstverständnis der Neutralen in Frage. Zum anderen waren es unabhängig davon in jedem einzelnen Fall handfeste politische wie ökonomische Interessen, die es

Sowjetunion – die Aufgabe der Neutralitätspolitik. Zuvor trug umgekehrt die Neutralitätspolitik vor allem der konkreten Bedrohung durch die Sowjetunion Rechnung. Darüber hinaus spürte man die zunehmende Dominanz der EU gegenüber dem EWR (Europäischer Wirtschaftsraum). Konkret bedeutete dies, daß das exportabhängige Land von der immer wichtiger werdenden Normenbildung der EU für den europäischen Markt insgesamt praktisch aus-

die mit dem Beitritt verbunden waren. Grundsätzlich tat sich Österreich auch nach 1989 schwer mit der Aufgabe des seit 1955 sakrosankten außenpolitischen Status. Eine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis wie Nato oder WEU war somit – darin ähnlich der strikten militärischen Neutralität der Schweiz – unvereinbar mit dem offiziellen Festhalten an der Neutralität. Allerdings ist fraglich, ob diese nach dem EU-Beitritt auf Dauer beibehalten werden



Aus der EWG-Präambel

„Erschrecken Sie nicht vor der Last — das ist ja erst der Grundstein“

F.A.Z. vom 3. November 1971

den betroffenen Ländern zum gegebenen Zeitpunkt opportun erscheinen ließen, der Gemeinschaft beizutreten.

Lediglich Irland gab seine Neutralitätspolitik praktisch schon vorher auf, nämlich 1973, weil die enge wirtschaftliche Bindung an Großbritannien es dem Land verbot, bei einer Mitgliedschaft der Briten gewissermaßen „außen vor“ zu bleiben. Nur über die Mitgliedschaft konnte man sich aus der politischen wie wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber London befreien. Hinzu kam die ganz pragmatische Einschätzung, daß der strukturschwachen Landwirtschaft am besten über die Brüsseler Fleischtöpfe wieder auf die Beine geholfen werden konnte und daß ein größerer Wirtschaftsraum generell von gesamtwirtschaftlichem Vorteil war.

Im Falle Finlands bewirkte eindeutig die Veränderung der politischen Großwettlage – konkret: der Zusammenbruch der

geschlossen war und vermehrt Markthindernisse in Kauf nehmen mußte.

Ökonomische Motive standen auch im Vordergrund im Falle Schwedens, dessen Neutralitätspolitik sich traditionell auf die westlich orientierten europäischen Institutionen beschränkte; ansonsten war das Land Mitglied der OECD und der Efta sowie im Europarat. Die Integration in die EU wurde seit Mitte der achtziger, spätestens seit 1990/91, nicht zuletzt als Schutz gegen die globalisierten Märkte betrachtet. Schließlich versprach das Ende des Kalten Krieges eine weitere Öffnung der Gemeinschaft nach Osten und damit aus Sicht Stockholms neue Produktions- und Absatzmärkte, die es mit Hilfe einer EU-Mitgliedschaft zu erschließen galt.

Strittiger war hingegen die österreichische Neutralitätspolitik. Zwar gab es auch hier das Motiv des Marktzugangs, daneben aber existierten eine Reihe von Aspekten,

die entscheidend war letztlich die strukturelle Krise, in der das Land sich seit den achtziger Jahren befand. Diese sollte durch die Teilnahme am Binnenmarkt und die damit verstärkte Konkurrenz für die österreichische Wirtschaft überwunden werden.

In der Summe zeigt dieses Handbuch mit hohem Informationswert, daß die Politik der Neutralen erstaunliche Parallelen aufweist. In der Phase des Ost-West-Gegensatzes waren alle nicht nur kulturell, sondern auch politisch und ökonomisch westorientiert. Ansonsten wirkte Neutralität vor allem als Vehikel für „die Nutzbarmachung eines nationsbildenden und staatsstabilisierenden Mythos“. Erst mit dem neuerlich europäischen Integrationshub (Vollendung des Binnenmarktes) und der Verstärkung der Globalisierung büßte die Neutralität weitgehend ihre Bedeutung ein, nachdem die ökonomischen Nachteile für viele offensichtlich wurden.

STEFAN FRÖHLICH